

**Rede von Dr. Bärbel Kofler, MdB anlässlich der 1. Lesung des Umwelthaushalts (Einzelplan 16) im Deutschen Bundestag am 14.09.2010**

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dr. Bärbel Kofler von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Bärbel Kofler (SPD):**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe geglaubt, ich müsste die E-Mail, die ich heute von einem Bürger bekommen habe, nicht mehr vorlesen. Es geht um die Frage radioaktiver Abfälle. Ich habe gedacht: Ich bin die vorletzte Rednerin, irgendeine geschätzte Kollegin oder irgendein geschätzter Kollege, vielleicht sogar der Umweltminister wird diese einfache Frage in ihrem oder seinem Beitrag beantworten.

Nach dem Beitrag des Kollegen Nüßlein, der auf eine konkrete Nachfrage zu dem Thema Endlager ebenfalls nichts gesagt hat – übrigens auch nicht zu einem Endlager in Bayern; unter uns Bayern wollen wir doch ehrlich diskutieren –, möchte ich diese Frage doch einmal vorlesen. Vielleicht kann der Kollege von der Union, der als letzter Redner spricht, eine Antwort darauf geben. Ein Bürger aus meinem Wahlkreis schrieb mir: Mit jedem Tag Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken vergrößert sich die Menge der radioaktiven Abfälle. Fragen Sie doch bitte die CDU/CSU und die FDP im Bundestag, wo es ein sicheres Endlager gibt. Ab wann und wo werden welche Mengen strahlendes Material sicher eingelagert? – Dann möchte der Bürger noch gerne wissen, wie und von wem die Kosten für diese Endlager übernommen werden.

(Michael Kauch [FDP]: Antwort: Die SPD hat es versemmt!)

Ich würde diese einfache Frage eines Bürgers hier gerne einmal beantwortet haben. Wir wollen keine Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke.

(Horst Meierhofer [FDP]: Ihr wollt auch kein Endlager! – Christoph Poland [CDU/CSU]: Deshalb haben wir ja auch kein Endlager gefunden!)

Sie wollen das. Sie machen das. Sie haben das in den letzten Tagen in einem Deal eingefädelt. Beantworten Sie bitte auch die Fragen der Bürger zu diesem Thema.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Ralph Lenkert [DIE LINKE])

Heute führen wir eine Haushaltsdebatte. Wenn man die blumigen Ausführungen über die vielen Ausgaben, die man in Zukunft im Bereich erneuerbarer Energien tätigen möchte, und die vielen tollen Programme zur CO<sub>2</sub>-Einsparung, die man in Zukunft umsetzen möchte, hört, dann stellt man fest: Es lohnt sich, den Haushaltsentwurf für 2011, über den wir heute beraten, anzuschauen. Einer der Kollegen hat es gesagt: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen. Ja, das ist wohl wahr: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen. Die Folgekosten der Atomenergie – Stichwort „Atommüll“ – steigen um 35 Prozent – dabei ist die Laufzeitverlängerung noch nicht eingerechnet –, und das Erneuerbare-Energien-Programm wird um knapp 10 Prozent gekürzt. Das soll mit diesem Haushalt beschlossen werden.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Frau Kollegin Kofler, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Flachsbarth?

**Dr. Bärbel Kofler (SPD):**

Ja, gerne.

**Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU):**

Frau Kollegin, könnten Sie mir bitte zustimmen, dass die Debatte, die wir hier über Endlager führen, eine gewisse Scheinheiligkeit in sich trägt? Könnten Sie mir zustimmen, dass die Suche nach einem Endlager in der Realität betrieben werden muss, wenn man denn eines finden will? Könnten Sie mir zustimmen, dass das Moratorium allerspätestens 2005 hätte ausgelaufen sein können, als der Synthesebericht des BfS vorgelegt worden ist? Könnten Sie mir zustimmen, dass die Union in der Großen Koalition alles, aber auch alles – leider vergeblich – unternommen hat, dieses Moratorium zu beenden?

Könnten Sie mir dann bitte auch noch sagen, ob die niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder, Glogowski und Gabriel jemals den Versuch unternommen haben, der Bundesregierung einen alternativen Standort zur Erkundung vorzuschlagen, alldieweil Niedersachsen geschlagen oder gesegnet ist – man kann das so oder so sehen – mit den entsprechenden geologischen Strukturen? Wenn das denn alles so ist, muss man doch tatsächlich sagen – ich hoffe, Sie können mir zustimmen –, dass diese Debatte in hohem Maße scheinheilige Züge trägt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Dr. Bärbel Kofler (SPD):**

Wissen Sie, bezüglich der Scheinheiligkeit in der Debatte kann ich Ihnen zustimmen. Da gibt es eine ganze Menge Scheinheiligkeit. Der Untersuchungsausschuss zum Thema Gorleben wird noch viel Klarheit in die Debatte bringen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Frau Flachsbarth ist die Vorsitzende!)

– Ja, das ist mir schon klar. – Ich glaube, zum Thema Scheinheiligkeit kann man auch aus bayerischer Sicht an der Stelle einiges sagen. Wenn die CSU in Bayern durch die Lande zieht, für die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke wirbt und gleichzeitig sagt: „Heiliger Sankt Florian, verschon‘ mein Haus, zünd‘ andre an“, dann nenne ich das scheinheilig.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wollte aber auch etwas zu diesem Haushaltsentwurf sagen. Wir befinden uns ja in der Haushaltsdebatte; der Haushalt wird eingebracht. Ich habe einige Kollegen gehört, die zum Thema „erneuerbare Energien“, die sie voranbringen wollen, etwas gesagt haben, die die Herzen der Menschen mit diesem Haushalt erreichen wollten,

(Heinz-Peter Hausteil [FDP]: So sind wir!)

die aber suggerieren, es gehe leider nicht mehr, sie hätten so gern mehr in erneuerbare Energien investiert, aber die böse Wirtschaftskrise verhindere das.

Wenn man sich nicht ernsthaft damit auseinandersetzt, wie man zu Einnahmeverbesserungen in diesem Haushalt insgesamt, aber auch für den Umwelthaushalt kommt, wenn man sich nicht ernsthaft damit auseinandersetzt, wie man über Investitionen in ökologisch sinnvolle Maßnahmen zu mehr Beschäftigung, mehr Steuereinnahmen und weniger Sozialversicherungsausfällen kommt, dann, finde ich, hat man das Recht verwirkt, über die angeblich so schwierigen wirtschaftlichen Zeiten zu jammern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Frau Dött insbesondere beklagt, dass der Programmhaushalt um 94 Millionen Euro – die zitierten 10 Prozent – sinkt, aber leider nicht mehr drin gewesen sei, das müsse doch auch die Opposition kapiieren, dann muss ich schon sagen: Wenn über Nacht über Verrechnungen von Steuermöglichkeiten, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Gewerbesteuer, Pi mal Daumen 800 Millionen Euro dem Haushalt einfach entzogen werden, dann frage ich mich, warum ein Zehntel dieser Summe ein großes Problem für diesen Bundeshaushalt darstellt. Das ist mir völlig schleierhaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Das zum Thema nächste Generation!)

Sie haben in diesem Haushalt wesentliche Programme, die einen Beitrag zum Klimaschutz auf nationaler und internationaler Ebene leisten, gekürzt. Alles, was wir heute über die hehren Einsparziele gehört haben, findet sich in diesem Haushalt nicht wieder. Ich nenne das Marktanreizprogramm. Ich glaube, das ist heute zu Unrecht etwas zu kurz gekommen. Dies ist ein Programm, das wirklich in Effizienz investiert, das in Energieeinsparung investiert, das im Bereich der Wärme, in dem wir großen Nachholbedarf für die Zukunft haben, wichtige Anreize setzt. Da sind wir noch nicht weit. Was höre ich dann bei den Klimazielen? Schöne Worte! Aber genau hier werden in diesem Haushalt 68 Millionen Euro gekürzt. Das ist völlig unverständlich. Es ist ökologisch unverständlich und – ich sage es noch einmal – ökonomisch unverständlich.

Ich habe am 1. Juli dieses Jahres in der Fragestunde der Bundesregierung die Frage gestellt, was volkswirtschaftlich damit erreicht werden soll, wie denn die volkswirtschaftlichen Wirkungen dieser Kürzungen sind. Wir alle kennen die Proteste aus dem Handwerk, aus den Regionen, der Verbände, der Bürger und der Kirchen.

Es gibt ein Schreiben der evangelischen Kirchen, die händeringend um den Erhalt dieses Programms auf entsprechendem Niveau bitten. Die Antwort von Staatssekretärin Reiche war, Zahlen über volkswirtschaftliche Zusammenhänge lägen ihr nicht vor. Sie sagte, die Berechnungen des Ifo-Instituts, wonach der Einsatz von 1 Euro zu 8 Euro Umsatz führe, seien ihr nicht bekannt.

Ich sage es noch einmal: Das war am 1. Juli. Meines Wissens wurde am 8. Juli der Haushalt ins Kabinett eingebracht. Auf welcher Basis wurde dieser Haushalt in das Kabinett eingebracht? Diese Frage möchte ich an dieser Stelle einmal beantwortet haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ähnliches gilt für den Bereich der CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung. Ich weiß, das betrifft ein anderes Ressort. Ich weiß, hierfür ist das Verkehrsministerium zuständig. Beim

Kürzen sind sich die verschiedenen Ressorts in diesem Kabinett offensichtlich einig, auch wenn sie sich ansonsten weniger einig sind.

Heute habe ich mit großer Freude gehört, diese Kürzungen würden eventuell zurückgenommen. Noch steht für mich die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramme zur Kürzung an. Dies ist genauso wie bei den Marktanzreizprogrammen ökologisch und ökonomisch sinnlos.

Sie sprachen außerdem von internationaler Glaubwürdigkeit. Ich glaube, Herr Kauch hat in der heutigen Diskussion irgendetwas von der Vorbildlichkeit für internationale Verhandlungen gesagt. Es ist schön, wenn man hier über zukünftige Ziele spekuliert. Ganz konkrete Zusagen dieser Bundesregierung von Dezember 2009 bzw. Januar 2010 – sie wurden also auch in Kopenhagen gegeben – wurden mit dem vergangenen Haushalt gebrochen und werden mit diesem Haushalt völlig eliminiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber  
[SPD]: Eine schwere Hypothek für Cancún!)

Wer in der Welt 1,2 Milliarden Euro zusagt, um die Folgen des Klimawandels für die ärmsten Länder abmildern zu können, wer in drei Haushalten jeweils 420 Millionen Euro jährlich verspricht, wer 70 Millionen Euro in den Haushalt 2010 einstellt, diese Mittel für den Haushalt 2011 streicht und dann irgendwelche zinsvergünstigten Darlehen, die auf dieser Welt herumschwirren, als die Rettung des Weltklimas bezeichnet, der ist nicht von dieser Welt und hat Vertrauen auf internationaler Ebene völlig verspielt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Dr. Bärbel Kofler (SPD):**

Ich komme zum Schluss.

Zusammenfassend kann man sagen: Dieser Haushalt hat Vertrauen bei den Bürgern verspielt, die in erneuerbare Energien investieren wollten. Er hat Vertrauen bei den Handwerkern verspielt, die ihre Kalkulationen und Angebote in diesem Bereich im Vertrauen auf die Zusagen dieser Regierung ausgerichtet haben. Er hat Vertrauen bei internationalen Partnern verspielt, die sich bisher auf die Zusagen der Regierung verlassen konnten. Er hat Vertrauen bei allen verspielt, nur nicht bei denen, die am vergangenen Sonntag den schönen Deal mit Ihnen ausgemacht haben. Die Energiekonzerne konnten sich auf Ihre Milliardengeschenke verlassen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)